Zeitschrift: Geographica Helvetica : schweizerische Zeitschrift für Geographie = Swiss journal of geography = revue suisse de géographie = rivista svizzera di geografia

Herausgeber: Verband Geographie Schweiz ; Geographisch-Ethnographische Gesellschaft Zürich

Band: 65 (2010)

Heft: 3

Artikel: "A new enemy out there"? : der Klimawandel als Sicherheitsproblem

Autor: Herbeck, Johannes / Flitner, Michael

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-872755

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«A new enemy out there»? Der Klimawandel als Sicherheitsproblem

Johannes Herbeck, Michael Flitner, Bremen

«We all know: There is a new enemy out there. It presents new threats; it is difficult to detect and respond to. We already know it can strike anywhere and repeatedly, and it has a proven ability to deliver multiple strikes. (...) This enemy is global warming and climate change» (KRAEMER 2009: 1).

1 Einleitung: Der Klimawandel als Sicherheitsproblem

Der Klimawandel ist zu einem Leitthema der Weltgesellschaft geworden. Dies schlägt sich heute in fast allen Feldern der Politik und der Wissenschaften nieder, und zumal in populären und medialen Diskursen. Als Querschnittsthema verbindet der Klimawandel so unterschiedliche und kontroverse Bereiche wie die nationale Energieversorgung mit dem privaten Fleischkonsum, den regionalen Hochwasserschutz mit dem zwischenstaatlichen Lastenausgleich bei der ökologischen Modernisierung, die Abwrackprämie in Deutschland mit der Weidewirtschaft im Sudan und dem Neubau von Kohlekraftwerken in China. So ist es kaum verwunderlich, dass der Klimawandel auch zu allen erdenklichen globalen und regionalen Konflikten in Bezug gesetzt wird. Und es ist bei einem entsprechend breiten Verständnis auch ohne Weiteres plausibel zu machen, dass jedenfalls mittelbar innergesellschaftliche ebenso wie zwischenstaatliche Spannungen durch den Klimawandel verstärkt werden können.

Erst in den letzten Jahren haben sich auch Stimmen gemehrt, die eine engere Beziehung zwischen klimatischen Veränderungen und Sicherheitskonflikten betonen. Noch im Vorfeld der Veröffentlichung des Vierten Sachstandsberichts des Weltklimarats sprach der frisch gekürte Generalsekretär der Vereinten Nationen, BAN KI-MOON, vom Klimawandel als einer «wesentlichen Antriebskraft von Krieg und Konflikt» (UN NEWS CENTRE 2007: 1). Fast zeitgleich legte ein vom U.S.-Verteidigungsministerium finanzierter *think tank* eine Studie über die Bedrohung der nationalen Sicherheit durch den Klimawandel aus militärischer Sicht vor, die dezidiert auf strategische und operative Herausforderungen einging (CNA 2007). Eine Reihe thematisch vergleichbarer Studien von Beratungsfirmen, parastaatlichen Einrichtungen und Nicht-Regierungs-Organisationen ist seitdem gefolgt (u.a. MAAS & TÄNZLER 2009; RALEIGH et al. 2008; SMITH & VIVEKANANDA 2007), von denen im deutschen Sprachraum besonders die Studie des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen unter dem Titel «Sicherheitsrisiko Klimawandel» grosse Beachtung fand (WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT DER BUNDESREGIERUNG GLOBALE UMWELTVERÄNDERUNGEN - WBGU 2008). Essayistisch wurde das Thema hier wenig später unter dem Titel «Klimakriege» popularisiert und mit Unterstützung der Bundeszentrale für Politische Bildung verbreitet (WELZER 2008).

In den Aussagen zur räumlichen Dimension des gemeinhin prognostizierten Ansteigens gewaltsamer Konflikte im Zuge des Klimawandels gleichen sich viele der erschienenen Studien auffallend: primär werden die Auswirkungen in den Ländern des globalen Südens gesehen, insbesondere im Sahel, Sub-Sahara-Afrika und Teilen Lateinamerikas und Asiens. Von besonderer strategischer Bedeutung sind zudem die arktische und die zentralasiatische Region, denen eine grosse Bedeutung für zukünftige geopolitische Spannungen prognostiziert wird.

Diese Befunde illustrieren, dass sich heute zwanglos von einer Versicherheitlichung des Klimawandels sprechen lässt, wenn damit zunächst nichts weiter bezeichnet werden soll als die Entstehung eines Diskurszusammenhangs, in dem der Klimawandel auf vielfältige Weise mit Themen in Beziehung gesetzt wird, die traditionell der Sicherheitspolitik zugeordnet werden. Dabei werden Argumente aus der älteren Debatte um die Knappheit natürlicher Ressourcen in ihrer Wirkung auf Konflikte aufgenommen (für einen Überblick s. HAGMANN 2005). In der Geographie haben u.a. DALBY (1992), FLITNER & SOYEZ (2006), KORF & ENGELER (2007) sowie OSSENBRÜGGE (2007) darauf hingewiesen, dass eine direkte Verbindung natürlicher Degradationsprozesse mit Sicherheitsthemen zu einer problematischen Verengung von analytischen Perspektiven und Problemlösungshorizonten führt.

Währenddessen hat sich in politikwissenschaftlichen Arbeiten ein engerer Begriff von Versicherheitlichung (*securitization*) herausgebildet, der insbesondere mit der Kopenhagener Schule um WÆVER und BUZAN in Verbindung gebracht wird (BUZAN et al. 1998; vgl. auch die Einleitung zu diesem Themenheft). Diese Schule hat ein ganz spezifisches, konstruktivistisches Verständnis der Versicherheitlichung eingeführt, das streng auf Sprechakte zurückgeführt wird. Durch entsprechend erfolgreiche Sprechakte politischer Akteure können demnach Themenfelder als «existentielle Bedrohungen» in den Bereich Sicherheitspolitik

verschoben werden, was sie der normalen politischen Deliberation entzieht und «ausserordentliche Massnahmen» aller Art gleichermassen legitimiert und fordert (ebd.: 26; vgl. auch WILLIAMS 2003).

Mit dieser Sichtweise werden an die Behauptung der Versicherheitlichung eines politischen Feldes also deutlich strengere Anforderungen gestellt. Vor allem bleibt damit der Blick auf die Äusserungen und Handlungen politischer Akteure konzentriert, die auch sicherheitspolitisches Handeln im traditionellen Sinne sanktionieren können. Ob eine Versicherheitlichung des Klimawandels in dieser engeren Bedeutung tatsächlich zu beobachten ist, wird hier zunächst an Dokumenten und politischen Prozessen im Rahmen der Vereinten Nationen (UN), der Europäischen Union (EU) und der bundesdeutschen Politik überprüft (Kap. 2). Es ergeben sich dabei deutliche Zweifel an einer Versicherheitlichung des Klimawandels durch die einschlägigen Akteure. Gleichzeitig lässt sich eine Ausdifferenzierung des Sicherheitsbegriffs beobachten, in dem ein traditionelles, vor allem militärisches Sicherheitsverständnis zunehmend durch ein breiteres Verständnis «menschlicher Sicherheit» (*human security*) überlagert wird. Wenn damit eine Versicherheitlichung im engeren Sinne auch nicht gegeben scheint, so wirft dieses Verständnis doch gleichfalls erhebliche normative und im engeren Sinne politische Probleme auf (Kap. 3). In einem kurzen Fazit werden die wichtigsten Schlussfolgerungen aus diesen Befunden gezogen und weiterführende Forschungsperspektiven benannt (Kap. 4).

2 Versicherheitlichung im politischen Feld

2.1 Klimawandel und Sicherheit in den Vereinten Nationen

Am 17. April 2007 beriet der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in einer von Grossbritannien einberufenen Sitzung über die möglichen Implikationen des Klimawandels für Frieden und Sicherheit. Vorangegangen war ein Hintergrundbericht der britischen Vertretung (UN SECURITY COUNCIL 2007). Darin wurden dem Klimawandel primär verstärkende Wirkungen auf bereits bestehende Konflikte zugeschrieben. Der UN-Generalsekretär, BAN KI-MOON, äusserte sich an der Sitzung besorgt über das Konfliktpotential des Klimawandels:

> «The Secretary-General outlined several ‹alarming, though not alarmist› scenarios, including limited or threatened access to energy increasing the risk of conflict, a scarcity of food and water transforming peaceful competition into violence, and floods and droughts sparking massive human migrations, polarizing societies and weakening the ability of countries to resolve conflicts peacefully» (UNITED NATIONS 2009: o.S.).

Obwohl im Verlauf der Sitzung von verschiedener Seite Zweifel laut wurden, dass der Sicherheitsrat das richtige Organ zur Behandlung des Klimawandels sei, stellte sie den Auftakt einer ganzen Serie von Sitzungen, öffentlichen Verlautbarungen und Resolutionen zur Thematik dar. Mit der Resolution 63/281 wurden die Mitgliedsstaaten schliesslich aufgerufen, Stellungnahmen zum Zusammenhang zwischen Klimawandel und Sicherheitsfragen abzugeben (UN GENERAL ASSEMBLY 2009a). In diesen zeigt sich die grundlegende Skepsis einiger Regierungen gegenüber einer Betonung sicherheitspolitischer Aspekte des Klimawandels. So antwortet etwa der chinesische UN-Botschafter:

> «There are fundamental differences between climate change and traditional security factors. (...) International cooperation in climate change should not place too much emphasis on the implications of climate change for international security. Otherwise, it will do no good to the negotiation process for climate change, or tackling the problem at its root causes» (UN GENERAL ASSEMBLY 2009b).

Entsprechend den kritischen Stimmen fällt auch der zusammenfassende Report des Generalsekretärs eher zurückhaltend aus. Zwar identifiziert der Bericht fünf grundlegende Wirkungszusammenhänge (ebd.: 8ff.), durch die der Klimawandel zu einer Frage nationaler und internationaler Sicherheit aufsteigen könnte (negative Wirkungen auf das menschliche Wohlbefinden; auf die wirtschaftliche Entwicklung; sekundäre Effekte unkoordinierter Anpassungsstrategien; Bedrohung nationalstaatlicher Souveränität bzw. Territorialität; Konflikte um natürliche Ressourcen). Jedoch werden die Zusammenhänge gleich zu Beginn relativiert und in einen breiteren Kontext von struktureller Armut, unkontrollierter Urbanisierung und Arbeitslosigkeit gestellt, die als Vorbedingungen für das Ausbrechen von gewalttätigen Konflikten gesehen werden (ebd.: 5). Der Klimawandel, so die Grundaussage, kann höchstens als «threat multiplier» angesehen werden, der bestehende Quellen von Konflikten und Unsicherheit verstärken kann, nicht aber als Kernursache von neu entstehenden gewalttätigen Auseinandersetzungen fungiert.

Im Resultat liest sich der Report denn auch als recht allgemein gehaltene Beschreibung der sozialen Folgen des Klimawandels. Den grössten Platz nehmen die prognostizierten Folgen für das menschliche Wohlbefinden (*human well-being*) ein, wobei Konflikte, zumal zwischenstaatliche, hier kaum Erwähnung finden. Erst später geht der Bericht wieder auf erwartete Konsequenzen für inner- oder zwischenstaatliche Konflikte ein – besonders in den Abschnitten zu Umweltmigration, Ressourcenkonflikten und drohenden Territoriumsverlusten –, ohne es dabei zu versäumen, wieder-

holt auf die unsichere Erkenntnislage hinzuweisen, die den Zusammenhang zwischen ökologischer Veränderung und Konflikt kennzeichnet:

> «The empirical evidence on the relationship between climate change and conflict remains sparse and largely anecdotal. (...) even with improved models and data, it remains very difficult to predict conflict occurrences and events» (ebd.: 17).

Alleine der Umstand jedoch, dass sich das entscheidende Gremium für weltweite sicherheitspolitische Herausforderungen mit der Thematik beschäftigte, wurde in weiten Kreisen als Signal einer zunehmenden Relevanz von Sicherheitsfragen in der politischen Auseinandersetzung mit dem Klimawandel rezipiert. Gleichzeitig wurde der Impuls der britischen Regierung im Verlauf der Diskussion weitgehend entschärft und in eine stärker entwicklungspolitische Rahmung überführt. Ursächlich waren hierfür nicht nur Vorbehalte gegenüber der konzeptionellen Verbindung des Klimawandels mit Sicherheitsfragen, sondern vielmehr kritische Stimmen innerhalb der internationalen Gemeinschaft, die eine stärkere Rolle des UN-Sicherheitsrates in der internationalen Klimapolitik eher als Rückschritt oder Gefährdung der bereits erzielten Verhandlungserfolge im Rahmen der Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change - UNFCCC) ansehen. Scott (2008) betont, dass es v.a. die Sorge der Entwicklungsländer vor einer Abkehr des Prinzips der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeit gegenüber den Herausforderungen des Klimawandels war, die eine intensivere und zielgerichtete Behandlung des Themas im Sicherheitsrat verhinderte.

2.2 Klimawandel und Sicherheit in der Europäischen Union

Die Debatte in der EU zu Sicherheitsimplikationen des Klimawandels wurde im Wesentlichen auf Grundlage eines Papiers der Europäischen Kommission geführt, das 2007 unter deutschem Ratsvorsitz in Auftrag gegeben worden war. Unter dem Titel «Climate Change and International Security» skizzieren die Europäische Kommission und ihr Aussenbeauftragter Javier Solana die zu erwartenden Sicherheitsbedrohungen, die der Klimawandel auf globaler Ebene und im Speziellen für den Raum der Europäischen Union aufwerfen könnte (EU High Representative & European Commission 2008). Die wesentlichen Konstellationen, in denen der Klimawandel konfliktauslösend oder -verstärkend wirken könnte, sieht der Bericht in entstehenden oder angefachten Ressourcenkonflikten, Schäden an Küstenstädten und kritischer Infrastruktur, Territoriumsverlusten und daraus erwachsenden Grenzstreitigkeiten, zunehmender Umweltmigration, der Schwächung fragiler Staaten und daraus entstehenden Situationen politischer Radikalisierung sowie in zunehmenden Streitigkeiten über die Energieversorgung (ebd.: 3ff.). Zusätzlich berge die internationale Klimapolitik die Gefahr, bereits bestehende Konflikte zwischen Hauptverursachern der Treibhausgasemissionen und Hauptbetroffenen des Klimawandels weiter zu verschärfen. Die Mitigationsbestrebungen könnten somit schwelende Nord-Süd-, aber auch Süd-Süd-Konflikte (wie etwa im Falle Chinas und Indiens) weiter schüren und das internationale System zusätzlich destabilisieren.

Tatsächlich werden die Bedrohungen hier also im engeren, quasi nationalstaatlichen Sinne von Sicherheit aufgefasst, auch wenn der Fokus sich dabei nicht auf die Mitgliedstaaten der EU beschränkt, sondern durchaus auch auf Sicherheitsbedrohungen in anderen Regionen der Welt gerichtet ist. Die globalen Konfliktlagen, so der Tenor, hätten allerdings direkte und indirekte Rückwirkungen auf das Gebiet der EU und müssten somit von deren Institutionen ernst genommen werden. Die Mitigations- und Adaptationsbestrebungen der weltweiten Klimapolitik werden mithin als Teil einer präventiven Sicherheitspolitik begriffen (ebd.: 1) – womit im Prinzip die gesamte politische Reaktion auf den Klimawandel zur Sicherheitspolitik erklärt wird. Diese definitorische Frage wird gleich zu Beginn des Reports weiter konkretisiert: die Perspektiven einer sicherheitspolitischen Reaktion der EU auf den Klimawandel erschöpfen sich nicht in allgemein anerkannten Massnahmen der internationalen Klimapolitik. Vielmehr wird hervorgehoben, dass der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik (Common Foreign and Security Policy - CFSP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (European Security and Defense Policy - ESDP) eine besondere, flankierende Rolle bei der Adressierung der erwarteten Sicherheitsrisiken zukommen wird:

> «The report considers how the full range of EU instruments, including Community and CFSP/ESDP action, can be used alongside mitigation and adaptation policies to address the security risks» (ebd.: 2) .

An dieser Positionierung hat auch der anschliessende Report des Aussenbeauftragten Solana keine entscheidende Veränderung vorgenommen (EU High Representative 2008). Zwar wird auch hier eingangs die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit für die Anpassungsbestrebungen besonders betroffener Länder hervorgehoben. Jedoch bleibt die Forderung bestehen, den Klimawandel in die «EU foreign and security policies and institutions» (ebd.) zu integrieren. Auffällig sind in diesem Zusammenhang die regionalen Schwerpunkte: Neben dem afrikanischen Kontinent werden ausschliesslich der Mittlere Osten, Zentralasien und die Arktis genannt, was im Hinblick

auf die Energiesicherheit und Ressourcensicherung der EU zumindest zu denken gibt. Zudem wird neben intensivierten bilateralen Dialogstrukturen die Etablierung von Frühwarnsystemen eingefordert, die z.B. in Afrika darauf abzielt, «die Daten zu nutzen, die die gestärkten Beobachtungsnetze für Klimawandel und Migration bereitstellen» (ebd.: 2). Auch hier finden sich also Hinweise auf langfristig angelegte exterritoriale Massnahmen, die als Teil eines militärischen Dispositivs interpretiert werden können. Eine umfassende Versicherheitlichung im Sinne der Kopenhagener Schule lässt sich jedoch nicht ausmachen.

2.3 Klimawandel und Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland

Die Diskussion zu Sicherheitsimplikationen des Klimawandels in Deutschland ist im Wesentlichen durch einen Sonderbericht des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen geprägt (WBGU 2008). Bereits in der nahen Zukunft, so die Hauptaussage der Studie, könnten die Herausforderungen des Klimawandels die Anpassungskapazitäten vieler Gesellschaften überfordern und Situationen von Gewalt und Destabilisierung auslösen, welche «die nationale und internationale Sicherheit in einem bisher unbekannten Ausmass bedrohen» (ebd.: 1). Der Klimawandel stelle daher eine grundsätzlich neue, in ihrem Ausmass schwer einschätzbare Herausforderung dar, der sich die Sicherheitspolitik stellen müsse. Hauptaugenmerk legt die Studie auf eine Reihe von Konfliktkonstellationen (etwa die Verknappung von Süsswasserressourcen oder umweltbedingte Migration, insbesondere ausgelöst durch den steigenden Meeresspiegel), die in ihrer Konsequenz regionale, im weiteren Verlauf aber auch globale Destabilisierungsprozesse in Gang setzen könnten. Tatsächlich sieht der WBGU im Klimawandel eine der wesentlichen zukünftigen Bedrohungen des internationalen Politiksystems und konstatiert:

> «Der Klimawandel dürfte (...) nationale und internationale Verteilungskonflikte auslösen sowie schwer beherrschbare Probleme des Staatenzerfalls, erodierender gesellschaftlicher Ordnung und steigender Gewaltneigung vergrössern» (WBGU 2008: 2).

Im Gegensatz zu dieser deutlichen Positionierung im Prognoseteil legt die Studie jedoch keine sicherheitspolitischen Antworten im engeren Sinne nahe. Im Gegenteil plädiert sie für eine Stärkung kooperativer Elemente im System internationaler Politik, die sich in der Hauptsache auf Emissionsvermeidung, Unterstützung der vom Klimawandel betroffenen Staaten und eine Reform und Stabilisierung internationaler Governance-Systeme stützen solle.

Dem Bundestag wurde der Sonderbericht des WBGU zusammen mit einer ausführlichen Kommentierung der Bundesregierung zur Verfügung gestellt. Das folgende Zitat zeigt, dass die Regierung in ihrer Unterrichtung an die Parlamentarier sehr vorsichtig mit der Verknüpfung des Klimawandels mit sicherheitspolitischen Fragestellungen umgeht:

> «Auch wenn nicht explizit artikuliert, sollte eine Bewertung des Klimawandels als ‹grösste Bedrohung› der Menschheit bzw. bedeutsamste sicherheitspolitische Herausforderung des 21. Jahrhunderts im Vergleich zu anderen Risiken wie zum Beispiel Terrorismus oder Armut nicht erfolgen. Auch sollte keine Konkurrenz der Bedrohungsszenarien suggeriert werden» (Deutscher Bundestag 2008: IV).

Die Kritik der Exekutive an der WBGU-Studie beschränkt sich nicht auf die Sorge über eine (möglicherweise ungeeignete) Priorisierung des Klimawandels auf der sicherheitspolitischen Tagesordnung, sondern bezieht sich auch auf den analytischen Gehalt des Reports. So wird den Autoren an mehreren Stellen unklares und spekulatives Vorgehen vorgehalten:

> «Die Bundesregierung ist (...) grundsätzlich der Überzeugung, dass sich in Darfur und auch in anderen vergleichbaren Fällen analytisch weder ‹ex post› noch ‹ex ante› genau feststellen lassen wird, welchen Anteil der Klimawandel tatsächlich an der Entstehung eines Konflikts hat (...)» (Deutscher Bundestag 2008: V).

Der Grundtenor der Stellungnahme der Bundesregierung gegenüber der WBGU-Studie kann also mit einiger Berechtigung als skeptisch eingeschätzt werden. Die sicherheitspolitische Relevanz des Klimawandels wird zwar nicht grundsätzlich bestritten. So wird auch der Integration entsprechender Belange in die langfristige militärische Strategieentwicklung eine wichtige Rolle eingeräumt: Das Thema müsse in die

> «zur Zeit laufenden strategischen Untersuchungen im Verteidigungsressort und in der Bundeswehr zur Ausrichtung der Streitkräfte auf das 21. Jahrhundert einbezogen» (ebd.: VII)

werden. In erster Linie wird der Klimawandel jedoch als entwicklungspolitisches Problem behandelt, und dem entsprechen auch die Mehrzahl der vorgeschlagenen Massnahmen. Stärkeres Gewicht soll etwa auf angepasste Strategien ländlicher Entwicklung und auf ein verbessertes Wassermanagement gelegt werden (Deutscher Bundestag 2008: X).

3 Menschliche Sicherheit: Alternative zur militärischen Logik?

Die Betrachtung der politischen Entwicklung auf unterschiedlichen Ebenen ergibt Zweifel an der Rede von einer Versicherheitlichung des Klimawandels im engen Sinne der Kopenhagener Schule. Am ehesten

kann davon im europäischen Zusammenhang gesprochen werden, da hier, zumindest vereinzelt, dezidiert militärische Perspektiven in der Auseinandersetzung mit dem Klimawandel von höchster Stelle sanktioniert wurden.

Warum aber, wie am Beispiel der bundesdeutschen Politik besonders deutlich wird, die sicherheitspolitischen Deutungsangebote des Klimawandels von den politischen Entscheidungsgremien im Allgemeinen gerade nicht angenommen wurden, obwohl zugleich den populären und medial verbreiteten Diskursen zu Sicherheitsimplikationen des Klimawandels eine starke Resonanz bescheinigt werden muss, ist aus Sicht der Kopenhagener Schule der Versicherheitlichung jedenfalls indirekt nachvollziehbar. Das Ausbleiben der Versicherheitlichung, wenn nicht gar die *de-securitization* des Klimawandels durch die untersuchten Exekutivorgane, lässt sich dann gerade durch die weitreichenden und unüberschaubaren Implikationen einer Anerkennung des Klimawandels als Sicherheitsthema erklären.

Die vorliegenden Befunde lassen jedoch eine neo-Schmittianische «Eigenlogik» von Sicherheitsdiskursen fraglich erscheinen, die eine Umkehr von sicherheitspolitischen Pfaden nach einschlägig autorisierten Sprechakten überhaupt nur schwer denkbar macht. Gerade in der EU, wo solche Sprechakte durchaus vorliegen, zeigt sich bei näherer Betrachtung wohl eher eine «inkrementelle Normalisierung» der mit dem Klimawandel verknüpften sicherheitspolitischen Praktiken, wie sie Neal (2009) jüngst am Beispiel der europäischen Grenzagentur FRONTEX aufgezeigt hat.

Zudem lässt sich in der politischen Debatte insgesamt, und so auch in der EU, eine weit verbreitete Tendenz ausmachen, den Sicherheitsbegriff zunehmend weit zu fassen und von einer aussenpolitischen, überwiegend militärischen Logik abzulösen. Stattdessen werden Fragen der Armut und Überlebenssicherung, der Gesundheit und der politischen Freiheit ins Feld geführt, wie sie von den Vereinten Nationen im Rahmen der Millenniumsziele mit den Schlagworten *freedom from want* und *freedom from fear* zusammenfassend charakterisiert worden sind (Annan 2000). An die Stelle oder zumindest an die Seite der militärischen Sicherheit tritt damit die menschliche Sicherheit oder *human security*, ein Begriff, der vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen in den Diskussionen um eine mögliche Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Kriegs stark gemacht worden war (United Nations Development Programme - UNDP 1994). Auch in der Geographie hat sich eine entsprechende Begrifflichkeit seitdem rasch verbreitet, wie einschlägige Themenhefte nationaler und internationaler Fachzeitschriften nachdrücklich belegen (Barnett & Adger 2007; Bohle & O'Brien 2006; Nordås & Gleditsch 2007).

Gewinnbringend an dieser Verschiebung ist zunächst einmal, dass damit die Betroffenheiten und Verwundbarkeiten einzelner Individuen oder Bevölkerungsteile in den Vordergrund gerückt werden. Die allzu einfachen neo-malthusianischen Kausalketten werden verabschiedet; stattdessen können auch Prozesse und Strukturen von Armut und Unterdrückung in den Blick genommen werden. An die Stelle einer militärischen Logik nationalstaatlicher Interessenswahrung rücken damit breite entwicklungspolitische Anliegen, die von einigen Vertretern dezidiert machtkritisch ausgearbeitet werden (Bohle & O'Brien 2006).

Der Hamburger Friedensforscher Brzoska (2008: 205) hat bereits darauf hingewiesen, dass sich die Diagnosen und Prognosen über den Zusammenhang von Klimawandel und Sicherheitsfragen oftmals kaum unterscheiden, auch wenn dabei unterschiedliche Sicherheitsbegriffe in Anschlag gebracht, und in der Folge auch unterschiedliche Massnahmen gefordert werden. Die hier untersuchten Dokumente zeigen zudem, dass der Diskurs der menschlichen Sicherheit nicht notwendig einen Ausschluss militärischer Optionen bedeutet. So werden im Bericht der Vereinten Nationen die Folgen für die «menschliche oder nationale» Sicherheit gleichberechtigt nebeneinander gestellt (UN General Assembly 2009b: 4). Und auch die Studie des WBGU spricht von der nötigen «Unterstützung durch polizeiliche und militärische Kapazitäten», um ein «funktionierendes Zusammenspiel von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik» zu erreichen (WBGU 2008: 6).

Ausgehend von dieser mangelnden Trennschärfe hat vor allem Chandler (2008a, b) das Konzept der menschlichen Sicherheit insgesamt kritisiert. Zwei der von ihm genannten Gründe sind hier von besonderem Interesse. Erstens beruhe das Konzept auf einer starken und analytisch unscharfen Übertreibung neuer Sicherheitsbedrohungen nach dem Ende des Kalten Kriegs. Damit würden heute quasi beliebige Problemlagen zu sich gegenseitig noch verstärkenden Bedrohungen stilisiert, von Drogen über Krankheiten und Terrorismus bis hin zu Umweltproblemen (Chandler 2008a: 435). Zweitens würden diese Bedrohungen ganz überwiegend in den Entwicklungsländern lokalisiert, wo scheiternde oder bereits gescheiterte Staaten den Hintergrund für die vorgeblichen Bedrohungen bilden. Im Ergebnis liefere der wohlmeinende Diskurs der menschlichen Sicherheit damit eine neue Art der Versicherheitlichung quer über die Politikfelder, die es erlaubt, Belange der Armutsbekämpfung nicht nur mit humanitären Interventionen, sondern ebenso gut mit

	«Starke» Versicherheitlichung	*Entwicklungspolitisch-humanitäre Versicherheitlichung*	*Medial-populäre Versicherheitlichung*
Sicherheitsbegriff	Primär militärisch, traditionell nationalstaatlich oder supranational orientiert	Menschliche Sicherheit, primär am Wohlergehen von Individuen orientiert	Bezug zu verschiedenen Formen gewaltförmiger Konfliktaustragung
Konzeptioneller Kern	Sprechakte, Politischer Konstruktivismus	Verwundbarkeiten von Individuen und sozialen Gruppen	Determinismen, (Neo-) Malthusianismus
Autoren (beispielhaft)	Buzan et al. (1998) Brauch (2009)	IHDP (1999) Barnett & Adger (2007)	Homer-Dixon (1999) Welzer (2008)

Tab. 1: Typen der Versicherheitlichung
Types of securitization
Types de «sécuritisation»

unilateralen, «realistischen» Massnahmen im Krieg gegen den Terror zu verknüpfen (vgl. auch Shannon 2009). Da es kaum möglich sei, die ganze Palette möglicher Ziele gleichermassen und überall zu verfolgen, erhielten die hegemonialen Industriestaaten so eine *carte blanche* in der Aussen- und Sicherheitspolitik gegenüber den Entwicklungsländern. Der Diskurs der menschlichen Sicherheit berechtigt gewissermassen zu allem und verpflichtet zugleich zu nichts (Chandler 2008a: 435).

Gerade im Blick auf die Versicherheitlichung des Klimawandels macht diese Kritik die politischen Risiken deutlich, die mit einer Ausweitung des Sicherheitsbegriffs einhergehen. Die moralische Geographie der menschlichen Sicherheit verlagert die eigentlichen Sicherheitsprobleme in den globalen Süden und kann so zu einer umfassenden Ablenkung von der kausalen, historischen Verantwortung der Industrieländer für den Klimawandel führen (vgl. Trombetta 2008: 593). Lokale Akteure und Institutionen in den Entwicklungsländern werden zudem in erster Linie als verwundbar und damit schutzbedürftig konzipiert und einer militärisch anschlussfähigen Interventionslogik anbefohlen, die quer durch die einschlägigen Dokumente immer wieder aufscheint. Das Paradigma der menschlichen Sicherheit steht dann nicht mehr in Opposition zu den ursprünglich kritisierten Diskursen, sondern kann auch als verbreiterte Grundlage einer interessenbasierten, nationalen Sicherheitspolitik dienen.

4 Fazit

Von einer Versicherheitlichung des Klimawandels im engeren Sinne der politikwissenschaftlichen Kopenhagener Schule kann im Hinblick auf die hier untersuchten politischen Akteure nur eingeschränkt gesprochen werden. Die hierfür relevanten Äusserungen von autorisierten Entscheidungsträgern auf den verschiedenen Ebenen zeigen, dass entsprechende Deutungsangebote, ob aus den unterschiedlichen Entscheidungsgremien selbst stammend oder von aussen hineingetragen, im Verlauf der Diskussionen abgeschwächt und in Richtung eines weiteren Sicherheitsbegriffs transformiert wurden. Das Konzept der menschlichen Sicherheit, das in vielen Dokumenten an die Stelle einer «realistischen», nationalstaatlich orientierten Sicherheitsvorstellung tritt, zieht seinerseits eine Reihe von bedenklichen Implikationen nach sich. Vor allem fehlt hier die analytische Schärfe, was einer beliebigen Ausweitung des Sicherheitsbegriffs Vorschub leisten kann.

In einem erweiterten Verständnis sollten demnach drei Typen von Versicherheitlichung unterschieden werden (Tab. 1): erstens eine «starke Versicherheitlichung», wie sie von der Kopenhagener Schule vertreten wird, die auf die sprachliche Konstruktion und deren Effekte im Sinne einer traditionellen Sicherheitspolitik abhebt; zweitens eine entwicklungspolitisch-humanitär orientierte Versicherheitlichung, die sich primär an der weit verstandenen Sicherheit von Individuen und substaatlichen Gruppierungen orientiert und dabei militärische Lösungen, wenn überhaupt, nur nachrangig in den Blick nimmt. Diese beiden Pole sind nur locker und indirekt miteinander verknüpft, sie haben unterschiedliche wissenschaftliche und politische Bezugspunkte. Gemeinsam sind sie jedoch in das grössere Feld einer dritten, medialpopulären, oftmals affirmativen Versicherheitlichung eingebettet, die auch im wissenschaftlichen Feld nach wie vor Einfluss geltend machen kann. Die determi-

nistischen, in aller Regel neo-malthusianischen Szenarien, die diesen breiten Sicherheitsdiskurs unterfüttern, finden sich verstreut in den Problemdiagnosen des gesamten untersuchten Feldes wieder.

Über die Umsetzung der auf politischer Ebene diskutierten Zusammenhänge in konkrete Praxen und Handlungen ist damit allerdings wenig gesagt. Das erweiterte Verständnis von Versicherheitlichungsdiskursen eröffnet die Möglichkeit, auch Akteure jenseits der politischen Eliten und Handlungen jenseits der Sprechakte in den Blick zu nehmen. Dann sollten die konkreten Handlungen von Akteuren untersucht werden, die in den als sicherheitsrelevant designierten Feldern tätig sind (vgl. Bigo 2000; Neal 2009). Vor dem Hintergrund der breiten Bezugnahme auf das Konzept der menschlichen Sicherheit rückt der Fokus dabei auf Akteure in humanitären und entwicklungspolitischen Tätigkeitsfeldern.

Literatur

Annan, K. (2000): «We the peoples»: the role of the United Nations in the 21st century. – New York: United Nations.

Barnett, J. & W.N. Adger (2007): Climate change, human security and violent conflict. – In: Political Geography 26, 6: 639-655.

Bigo, D. (2000): Liaison officers in Europe: New officers in the European security field. – In: Sheptycki, J.W.E. (Hrsg.): Issues in transnational policing. – London: Routledge: 67-99.

Bohle, H.G. & K. O'Brien (2006): The discourse of human security: implications and relevance for climate change research. A review article.– In: Die Erde 137, 3: 155-163.

Brauch, H.G. (2009): Securitizing global environmental change. – In: Brauch, H.G., Oswald Spring, U., Grin, J., Mesjasz, C., Kameri-Mbote, P., Behera, N. C., Chourou, B. & H. Krummenacher (Hrsg.): Facing global environmental change: environmental, human, energy, food, health and water security concepts. – Berlin, Heidelberg, New York: Springer-Verlag: 65-102.

Brzoska, M. (2008): Der konfliktträchtige Klimawandel – ein Sicherheitsproblem? – In: Heinemann-Grüder, A., Hippler, J., Weingardt, M., Mutz, R. & B. Schoch (Hrsg.): Friedensgutachten 2008. – Münster: Lit Verlag: 195-206.

Buzan, B., Wæver, O. & J. de Wilde (1998): Security – a new framework for analysis. – Boulder, London: Lynne Rienner Publishers.

Chandler, D. (2008a): Human security: the dog that didn't bark. – In: Security Dialogue 39, 4: 427-438.

Chandler, D. (2008b): Human security II: waiting for the tail to wag the dog – a rejoinder to Ambrosetti, Owen and Wibben. – In: Security Dialogue 39, 4: 463-469.

CNA (2007): National security and the threat of climate change. – Alexandria, VA: CNA Corporation.

Dalby, S. (1992): Ecopolitical discourse: «environmental security» and political geography. – In: Progress in Human Geography 16, 4: 503-522.

Deutscher Bundestag (2008): Hauptgutachten 2007 des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen «Welt im Wandel – Sicherheitsrisiko Klimawandel» und Stellungnahme der Bundesregierung. – Drucksache 16/11600 der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages vom 22.12.2008.

EU High Representative (2008): Climate change and security: recommendations of the High Representative on follow-up to the High Representative and Commission report on climate change and international security. – Drucksache S412/08 vom 18.12.08.

EU High Representative & European Commission (2008): Climate change and international security. – Paper from the High Representative and the European Commission to the European Council. – Drucksache S113/08 vom 14.03.2008.

Flitner, M. & D. Soyez (2006): Ressourcen, Gewalt und Gerechtigkeit. Einleitung. – In: Kulke, E., Monheim, H. & P. Wittmann (Hrsg.): GrenzWerte. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen, 55. Deutscher Geographentag Trier 2005. – Berlin: Deutsche Gesellschaft für Geographie: 603-606.

Hagmann, T. (2005): Confronting the concept of environmentally induced conflict. – In: Peace, Conflict and Development 6: 1-22.

Homer-Dixon, T.F. (1999): Environment, scarcity and violence. – Princeton: Princeton University Press.

International Human Dimensions Programme on Global Environmental Change - IHDP (1999): GECHS Science Plan. – IHDP Report No. 11, Bonn: IHDP.

Korf, B. & M. Engeler (2007): Geographien der Gewalt. – In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 51: 221-237.

Kraemer, A.R. (2009): Should climate change be a priority? – Vortrag am NATO-Treffen «The Next Generation of Security Threats – Reprogramming NATO?» am 24.02.09 in Brüssel. – http://ecologic.eu/download/vortrag/2009/Kraemer_NATO60_090224.pdf 12.10.09.

Maas, A. & D. Tänzler (2009): Regional security implications of climate change. A synopsis. – Adelphi Report 01/09, Berlin: Adelphi Consult.

Neal, A.W. (2009): Securitization and risk at the EU border: the origins of Frontex. – In: Journal of Common Market Studies 47, 2: 333-356.

Nordås, R. & N.P. Gleditsch (2007): Climate change and conflict. – In: Political Geography 26, 6: 627-638.

Ossenbrügge, J. (2007): Never ending resource conflicts? The political economy of African economies of

violence. – In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 51: 150-162.
Raleigh, C., Jordan, L. & I. Salehyan (2008): Assessing the impact of climate change on migration and conflict. – Washington, D.C.: The World Bank Group.
Scott, S.V. (2008): Securitizing climate change: international legal implications and obstacles. – In: Cambridge Review of International Affairs 4: 603-619.
Shannon, R. (2009): Playing with principles in an era of securitized aid: negotiating humanitarian space in post-9/11 Afghanistan. – In: Progress in Development Studies 9, 1: 15-36.
Smith, D. & J. Vivekananda (2007): A climate of conflict: the links between climate change, peace and war. – London: International Alert.
Trombetta, M.J. (2008): Environmental securitization and climate change: analysing the discourse. – In: Cambridge Review of International Affairs 21, 4: 585-602.
United Nations (2009): Security Council holds first-ever debate on impact of climate change on peace, security, hearing over 50 speakers. – UN Department of Public Information, http://www.un.org/News/Press/docs/2007/sc9000.doc.htm 16.10.09.
United Nations Development Programme - UNDP (1994): New dimensions of human security. – Human Development Report 1994, New York, Oxford: Oxford University Press.
UN General Assembly (2009a): Climate change and its possible security implications. – U.N. GA, 63rd Session, A/RES/63/281.
UN General Assembly (2009b): Climate change and its possible security implications. Report of the Secretary General. – U.N. GA, 64th Session, A/64/350 (including reference to submissions of Member States).
UN News Centre (2007): Ban Ki-moon calls on new generation to take better care of Planet Earth than his own. – Press Release vom 1. März 2007, http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=21720 1.11.2009.
UN Security Council (2007): Security, energy and climate. Letter, dated 5 April 2007 from the Permanent Representative of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the United Nations, addressed to the President of the Security Council. – Security Council, S/2007/186.
Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen - WBGU (2008): Welt im Wandel – Sicherheitsrisiko Klimawandel. – Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag.
Welzer, H. (2008): Klimakriege – Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird. – Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.
Wiliams, M.C. (2003): Words, images, enemies: securitization and international politics. – In: International Studies Quarterly 47: 511-531.

Zusammenfassung: «A new enemy out there»? Der Klimawandel als Sicherheitsproblem
Mit dem Aufstieg des Klimawandels zu einem globalen Leitthema ist in den letzten Jahren auch die Rede von Klimakriegen und Klimaflüchtlingen gängig geworden. Der Klimawandel wird damit an Themen der äusseren und inneren Sicherheit angebunden. Hierzu haben Aussagen hochrangiger politischer Vertreter ebenso beigetragen wie neue Ansätze aus der Wissenschaft. Der Beitrag skizziert wichtige Linien der Debatte und zeigt verschiedene Varianten entsprechender Sicherheitsdiskurse an international und national einflussreichen Dokumenten auf. Dabei werden grundsätzliche Zweifel an einer Versicherheitlichung im Sinne der Kopenhagener Schule deutlich. Die normativen Implikationen der verschiedenen Positionen erweisen sich dennoch in mehrerlei Hinsicht als fragwürdig. Die zugehörigen Probleme lassen sich auch nicht durch eine Erweiterung des Sicherheitsbegriffs ausräumen, wie sie im Konzept der «menschlichen Sicherheit» zum Ausdruck kommt.

Schlüsselwörter: Klimakriege, Umweltkonflikte, menschliche Sicherheit

Abstract: «A new enemy out there»? Climate change as security problem
The emergence of climate change as a key concern of a globalised world has given rise to the use of notions like climate wars and climate refugees. Fuelled by statements of high-ranking politicians and scientific contributions alike, climate change is thereby connected to questions of national and international security. The article sketches main lines of reasoning within respective security discourses, with special consideration of nationally and internationally relevant political documents. It argues that a securitization in the sense of the Copenhagen School can be doubted. Nevertheless, the normative implications of the different positions give reason for concern which cannot be resolved by extending security definitions as has been done with «human security».

Keywords: climate wars, environmental conflict, human security

Résumé: «A new enemy out there»? Le changement climatique comme problème de sécurité
Le thème du changement climatique a été fréquemment lié ces dernières années aux termes de «guerre climatique» et de «réfugiés climatiques». Dès lors, le changement climatique est également lié aux thèmes de la sécurité intérieure et extérieure. Les discours de hauts représentants politiques comme la naissance de nouvelles approches scientifiques ont confirmé ce lien. Ce travail résume les points importants du débat et montre les différentes variantes de ces discours sur la

sécurité, en s'appuyant sur des documents nationaux et internationaux importants. Il montre en conclusion qu'un processus de «sécuritisation» tel que décrit par l'Ecole de Copenhague peut être mis en doute. L'article montre que les implications normatives des différentes positions théoriques se révèlent être problématiques sur plusieurs points et postule que les problèmes que cela implique ne peuvent pas non plus être résolus par un élargissement du concept de sécurité en «sécurité humaine».

Mots-clés: guerres climatiques, conflits environnementaux, sécurité humaine

Dipl.-Geogr. **Johannes Herbeck**, Prof. Dr. **Michael Flitner**, artec|Forschungszentrum Nachhaltigkeit, Universität Bremen, Enrique-Schmidt-Strasse 7, D-28359 Bremen, Deutschland.
e-mail:
herbeck@uni-bremen.de
flitner@uni-bremen.de

Manuskripteingang/received/manuscrit reçu le 23.1.2010
Annahme zum Druck/accepted for publication/accepté pour publication: 30.8.2010